

M1 POLITISCHE EBENEN IN DEUTSCHLAND

Bund

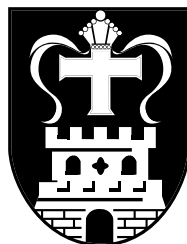


Bundesländer



Kreise

[z. B. Kreis Ostholstein]



Städte und Gemeinden

[z. B. Stadt Eutin]



ICH IN MEINER GEMEINDE – LÄUFT?!

Mitreden und Mund aufmachen! Heute darfst du sagen, was du denkst! In dieser Stunde hast du die Möglichkeit, deine Verbesserungswünsche für deinen Ort zu äußern!

Autorentext

Wenn wir über Politik sprechen, thematisieren wir meist die großen Themen. Wir sprechen über die Globalisierung, Europa oder Angelegenheiten, die ganz Deutschland oder unser Bundesland betreffen. Die Menschen sind zufrieden oder unzufrieden mit den Entscheidungen der Regierenden oder tauschen sich über die aktuelle Situation in Deutschland und der Welt aus. Man hört Sätze wie „Die Wirtschaft wächst tüchtig weiter!“ oder „Das mit der Regierungsbildung wird noch schwierig werden!“. Dabei vergessen wir manchmal, dass wir nicht nur Bürger/-innen der Bundesrepublik Deutschland sind oder im hohen Norden in Schleswig-Holstein leben. Wir alle sind auch Teil einer Stadt oder Gemeinde! Diese haben ebenfalls eine große Bedeutung für unser Leben.

In deiner Gemeinde verbringst du viel Zeit. Du wohnst nicht nur dort, sondern bist eventuell Mitglied in einem Verein, gehst vor Ort einkaufen oder bringst deine Freizeit dort. Vielleicht gibt es auch Angebote wie einen Jugendtreff oder Feste, die gemeinsam in deiner Stadt oder Gemeinde gefeiert werden. Im Alltag nimmst du Vieles, was deine Gemeinde bietet, eventuell schon als selbstverständlich hin. Doch was gefällt dir eigentlich in deiner Stadt oder Gemeinde? Und warum? Was könnte verbessert werden? Mach dir einmal Gedanken ...

Name meiner Gemeinde:

.....

Das gefällt mir an meiner Gemeinde

.....

Das gefällt mir NICHT an meiner Gemeinde

.....



ARBEITSAUFTRÄGE

- 1** Trage dazu zunächst den Namen deiner Gemeinde oder Stadt unten ein!
- 2** Notiere Dinge, die dir in deiner Gemeinde momentan nicht gefallen. Begründe auf einem extra Zettel auch kurz, warum dir dies im Moment nicht gefällt.
- 3** Ergänze abschließend Dinge, die dir in deiner Gemeinde gefallen und begründe dies ebenfalls.

ICH IN MEINER GEMEINDE – LÄUFT?!

Autorentext

Die Schüler/-innen deiner Klasse kommen wahrscheinlich aus unterschiedlichen Gemeinden bzw. Stadtteilen. Doch es gibt sicherlich auch Klassenkamerad(inn)en, die in deiner Gemeinde oder in deinem Stadtteil leben. Gefallen euch dieselben Dinge in eurer Gemeinde oder seht ihr ähnliche Dinge kritisch? Gemeinsam schafft ihr es sicherlich, erste Verbesserungsvorschläge zu formulieren. Findet euch möglichst in Gruppen zusammen, deren Mitglieder aus derselben Gemeinde/demselben Stadtteil kommen. Falls das nicht möglich ist, bildet gemischte Gruppen.

ARBEITSAUFTRÄGE

- ➊ Vergleicht eure Ergebnisse (gefällt mir / gefällt mir nicht).
- ➋ Diskutiert, was verbessert werden sollte.
- ➌ Einigt euch auf vier Wünsche, die ihr zur Verbesserung in eurer Stadt/Gemeinde habt, und tragt diese unten ein. Anschließend wird es eure Aufgabe sein, diese Wünsche vor der Klasse zu präsentieren und kurz aus eurer Sicht zu begründen. Haltet die Wünsche, die in eurer Klasse mehrfach genannt werden, auf einem Poster fest.
- ➍ Überprüfe mit Hilfe des Texts M2 „Aufgaben der Gemeinden, Städte und Kreise“, ob die Stadt/Gemeinde für eure Wünsche zuständig ist.

 **Wünsche zur Verbesserung unserer Gemeinde(n):**

ERSTENS

ZWEITENS

DRITTENS

VIERTENS

M2 AUFGABEN DER GEMEINDEN, STÄDTE UND KREISE

Es gibt den Bundestag, die Bundesregierung, den Landtag und die Landesregierung. Wozu brauchen wir da noch Gemeinden und Städte?

Bundestag und Bundesregierung haben die Aufgaben zu erledigen, die die ganze Bundesrepublik Deutschland betreffen. Landtag und Landesregierung sind für das Land Schleswig-Holstein zuständig. Die Gemeinden und Städte haben die Aufgabe, sich um die Angelegenheiten in deinem Dorf, deiner Gemeinde oder deiner Stadt zu kümmern, also um die Dinge, die die örtliche Gemeinschaft betreffen.

Welche Aufgaben haben Gemeinden?

Die Gemeinden sind für alle Aufgaben verantwortlich, die durch das Zusammenleben der Menschen in ihrem Gemeindegebiet entstehen und am besten vor Ort geregelt werden können. Sie haben im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit öffentliche Einrichtungen zu errichten, die zur Versorgung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, auch der Kinder und Jugendlichen, notwendig sind. Hierzu gehören zum Beispiel Kindergärten, Spielplätze, Sportplätze, Schwimmhallen, Jugendzentren, Büchereien, Volkshochschulen, Museen und Sozialstationen. Daneben haben die Gemeinden die Aufgabe, örtliche Straßen und Wege zu bauen und Wohn- und Gewerbegebiete zu erschließen, also mit Strom, Wasser und Fernwärme zu versorgen und eine ordnungsgemäße Entwässerung sicherzustellen. Die meisten Gemeinden kümmern sich in Kooperation miteinander auch um den Glasfaserausbau für das Internet. Wo gebaut werden darf, legen die Gemeinden übrigens auch fest. Hierzu erlassen die Gemeinden Bebauungspläne, die von den Gemeindevertretungen beschlossen werden. Die Gemeinden haben auch den Brandschutz zu gewährleisten. Dafür unterhalten sie Feuerwehren. Eine besonders wichtige Aufgabe der Gemeinden ist die Errichtung und Unterhaltung von Schulen. Je nach Größe müssen die Gemeinden Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Förderzentren errichten und unterhalten. Sie haben dafür auch das Inventar und die sonstigen Gegenstände zu beschaffen, die für den Schulbetrieb notwendig sind. Die berufsbildenden Schulen – manchmal auch Schulen anderer Schularten – werden von

den Kreisen und kreisfreien Städten getragen. Die Lehrerinnen und Lehrer für die Schulen stellt das Land an. Weiter haben die Gemeinden die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit in ihrem Gebiet zu garantieren. Diese Aufgabe teilen sie sich mit der Polizei. Ein Beispiel ist die Sperrung von baufälligen Gebäuden.

Die Aufgaben der Gemeinde werden allgemein in der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein festgelegt. [...] Nach der Gemeindeordnung haben die Gemeinden das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern. Sie handeln nach der Landesverfassung sowie der Gemeindeordnung in Verantwortung für die zukünftigen Generationen, also auch für euch und eure späteren Kinder. Die Gemeindeordnung verpflichtet die Gemeinden, die öffentlichen Einrichtungen zu schaffen, die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner erforderlich sind. Zu den Einwohnerinnen und Einwohnern gehört jeder, der in der Gemeinde wohnt, also auch Kinder und Jugendliche.

Wenn die Gemeinden für alle örtlichen Probleme zuständig sind, wozu gibt es dann noch Kreise?

Einige der kommunalen Aufgaben überfordern die Gemeinden. Das gilt insbesondere für kleinere Gemeinden, die nicht über die notwendigen Einnahmen verfügen. Deshalb haben die Kreise die Aufgaben zu erfüllen, für die die Gemeinden eine zu geringe Größe oder zu wenig Leistungskraft haben. Hierzu gehört zum Beispiel, dass die Kreise für Krankenhäuser und einen Rettungsdienst für Notfälle verantwortlich sind. Weiter haben die Kreise die Aufgabe, Kreisstraßen zu bauen, die Abfallbeseitigung sicherzustellen und Berufsschulen zu unterhalten. Die Kreise sind außerdem für das Ausländerwesen, für Angelegenheiten des Straßenverkehrs, die Zulassung von Kraftfahrzeugen, das Führerscheinwesen und Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitswesens und der Seuchenabwehr zuständig.

Quelle: Klaus-Dieter Dehn: *Meine Gemeinde – ich mach mit!*, herausgegeben vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, 5. Auflage, Kiel 2013, S. 10 ff, leicht geändert)

WÜNSCHE ZUR VERBESSERUNG UNSERER GEMEINDE(N):



MEINE GEMEINDE

Kreuze Zutreffendes an! Anschließend sollst du deine Auswahl in der Klasse begründen.

- ☞ **A** ☐ „Ich fühle mich in meiner Gemeinde gut vertreten. Meine Interessen werden von der Politik berücksichtigt.“
- ☐ „Ich fühle mich in meiner Gemeinde **NICHT** vertreten und für meine Interessen interessiert sich sowieso niemand.“
- ☞ **B** ☐ „Ich habe das Gefühl, dass ich in meiner Gemeinde mitreden und mitbestimmen kann.“
- ☐ „Ich habe das Gefühl, dass ich in meiner Gemeinde nur Zuschauer bin und nicht mitreden kann.“



MEINE GEMEINDE – BIN ICH NUR ZUSCHAUER/-IN?

Die Politik lässt dich im Stich? Eure Interessen spielen keine Rolle in der Welt der Erwachsenen? Oder doch? Heute werfen wir einen genaueren Blick darauf.

Autorentext

Deutschland ist ein demokratischer Bundesstaat, was sich auch auf das Leben in der Gemeinde auswirkt. Der Begriff „Demokratie“ stammt aus dem Griechischen und beschreibt eine Staatsform, in der die Bürger/-innen sich selbst regieren. Dabei kann man verschiedene Formen von Demokratien unterscheiden, je nachdem in welchem Maße die Bürger/-innen mitbestimmen, mitwirken und mitgestalten. In direkten Demokratien ist das Maß an direkter Teilhabe bzw. direkter Partizipation durch das Volk höher als in sogenannten repräsentativen Demokratien. In diesen kann das Volk in vielen Fällen nur indirekt Anteil nehmen. Die Bürger/-innen wählen Abgeordnete, die in den Parlamenten ihre Interessen vertreten sollen. In den Parlamenten werden Gesetze erlassen, indem die Abgeordneten über diese beraten und abstimmen. In direkten Demokratien können auch die Bürger/-innen direkt in Volksentscheiden (Plebisziten) über Gesetze abstimmen. Damit du fundiert die Demokratie in deiner Gemeinde beurteilen kannst, solltest du zunächst prüfen, welche Möglichkeiten der Teilhabe vorhanden sind.



ARBEITSAUFTRÄGE

1 Erarbeite auf Grundlage einer Internetrecherche einen kurzen Steckbrief für deine Gemeinde und gehe dabei auf folgende Punkte ein: Name, Einwohnerzahl, Bürgermeister/-in und Länge seiner/ihrer Amtszeit, Anzahl der Gemeindevertreter/-innen, Wahlberechtigte (Wer darf wählen?), öffentliche Sitzungen (Wann, Wozu?)

2 Prüfe anschließend, welche Beteiligungsmöglichkeiten es für Kinder und Jugendliche in deiner Gemeinde gibt. Die Checkliste auf der Rückseite ist dabei hilfreich. Zur Beantwortung dieser und der dritten Aufgabe kannst du ebenfalls im Internet recherchieren oder eine Befragung durchführen. Schließe dich zu diesem Zweck mit anderen Klassenkamerad(inn)en, die in derselben Gemeinde leben, zusammen.

3 Die Gemeinden sind verpflichtet, Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Die Art und Weise der Beteiligung ist jedoch nicht gesetzlich vorgeschrieben. Dies muss jede Gemeinde für sich ausgestalten. Finde heraus und stelle mit eigenen Worten dar, welche Beschlüsse zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in deiner Gemeinde gefasst wurden.

4 Überprüfe ausgehend von deinen Ergebnissen aus Aufgabe 1 bis 3, inwiefern du dich in deiner Gemeinde beteiligen kannst und halte deine Ergebnisse in einer entsprechenden Tabelle fest. Ordne diesen die verschiedenen Möglichkeiten der Beteiligung (direkt/indirekt) zu.

5 Nimm persönlich Stellung, ob du in deiner Gemeinde nur Zuschauer/-in bist. Verdeutliche dabei, was du unter guter politischer Teilhabe verstehst.

Webquest bei Stunde 2 unter www.politische-bildung.sh/unterricht

BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Checkliste

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	vorhanden	nicht vorhanden	keine Angaben	direkte Beteiligung?	indirekte Beteiligung?
Befragungen von Kindern und Jugendlichen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kinder- und Jugendvertretung (Jugendparlament, -beirat, -versammlung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zukunftswerkstätten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wahlrecht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschwerderecht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Redemöglichkeiten in der Gemeindevertretung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beteiligung bei der Gestaltung der Gemeinde (z. B. Bau eines Jugendtreffs)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Altersgerechte Informationsplattformen über die Gemeinde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Projekte von der Gemeinde für Kinder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Politische Bildungsangebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

ZITATE VON JUGENDLICHEN

Autorentext

☞ „Ich interessiere mich für die Politik in unserer Stadt, aber die Politik interessiert sich nicht für mich. Die Themen betreffen mich nicht und ich fühle mich von den Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Wahl der Gemeindevertretung stellen, nicht angesprochen. Wie auch? Die können gar nicht verstehen, was uns Kindern und Jugendlichen wichtig ist.“

MARIE, 14 JAHRE

„Endlich mal neue, junge Leute in unserer Gemeindevertretung. Nun fühle ich mich besser vertreten und es wird hoffentlich etwas für uns getan! Vielleicht ein neues Jugendzentrum ...“

JOHANNES, 13 JAHRE

DIE GEMEINDEVERTRETUNG – VERTRITT SIE UNSERE INTERESSEN?

Kinder an die Macht! Woher wollen die Gemeindevertreter/-innen wissen, was wir wollen? Deshalb heißt es mitreden und mitmachen! Aber wie? Wirf einen Blick auf deine Möglichkeiten!

M1 – Die Gemeindevertretung – Aufgaben der Gemeinde- und Stadtvertretungen

Für die wichtigen Entscheidungen sind immer die Gemeindevertretungen zuständig. Die Gemeindevertretung muss darüber Beschlüsse fassen. Wichtige Entscheidungen sind alle grundsätzlichen Themen, wie zum Beispiel langfristige Planungen für die Gemeinde. Hierzu gehört der Flächennutzungsplan, in dem festgelegt wird, in welcher Weise das Gemeindegebiet genutzt werden darf (zum Beispiel zum Bauen von Wohnungen, zur Gewerbeausübung, zu Sport- und Naherholungszwecken). Weitere wichtige Planungen sind die Schulentwicklungsplanung, die Verkehrsplanung, die Planung von Kindergärten, die Naturschutzplanung und Umweltplanungen. Wichtig sind natürlich auch die Schaffung und Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen (zum Beispiel Schulen, Sportplätze, Schwimmbäder, Kinderspielplätze, Straßen und Wege, Fahrradwege, Sozialstationen, Büchereien, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung), Bauvorhaben und andere Investitionen, die viel Geld kosten. Auch der Haushaltsplan und die Erhebung von Steuern oder anderen kommunalen Abgaben gehören zu den wichtigen Entscheidungen, die von der Gemeindevertretung zu treffen sind. [...]

Gesetze können nur vom Bundestag oder vom Landtag beschlossen werden. Die Gemeinden können aber Vorschriften erlassen, die eine ähnliche Wirkung wie Gesetze haben. Man nennt diese Vorschriften Satzungen. Die Gemeindevertretung kann zum Beispiel aus Gründen des Umweltschutzes eine Satzung erlassen, nach der Häuser an die gemeindliche Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung oder an das Fernwärmenetz angeschlossen werden müssen. Die Grundstückseigentümer müssen das dann machen und auch dafür bezahlen. Auch die Gemeindesteuern werden durch Satzungen festgelegt. Wenn du einen Hund hast, kannst du zum Beispiel in der Hundesteuersatzung nachlesen, wie viel Steuern dafür zu bezahlen sind.

Die Gemeinden müssen eine so genannte Hauptsatzung haben, in der die wesentlichen Verfahrens- und Organisationsfragen geregelt sind (zum Beispiel die Anzahl und die Bezeichnung der Fachausschüsse, die Wahlzeit der hauptamtlichen Bürgermeisterin bzw. des hauptamtlichen Bürgermeisters). [...]

Die Beschlüsse der Gemeindevertretung werden von der Bürgermeisterin beziehungsweise dem Bürgermeister ausgeführt. Dabei helfen ihr oder ihm die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister muss der Gemeindevertretung berichten, ob und wie ein Beschluss ausgeführt worden ist.

Quelle: Klaus-Dieter Dehn: Meine Gemeinde – ich mach mit!, herausgegeben vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, 5. Auflage, Kiel 2013, S.10 ff, leicht geändert)

ARBEITSAUFTRÄGE

- ➊ Nenne zwei wesentliche Funktionen der Gemeindevertretung (M1).
- ➋ Überprüfe auf Grundlage der Funktionen der Gemeindevertretung und der Aufgaben der Gemeinde, inwiefern Kinder und Jugendliche durch die Stadtvertretung repräsentiert werden. Halte deine Ergebnisse in einer Tabelle (Repräsentation/Repräsentationsdefizit) schriftlich fest.
- ➌ Überprüfe mit Hilfe der Zusammensetzung eurer Gemeindevertretung oder alternativ der Rendsburger Stadtvertretung (M2), ob und wie Kinder und Jugendliche repräsentiert werden. Ergänze deine Tabelle aus Aufgabe 2.
- ➍ Arbeite auf Basis eures Treffens mit den Gemeindevertreter(inne)n oder der Interviewfilme heraus, welche Themen in der Gemeindevertretung aktuell bearbeitet werden.
- ➎ Beschreibe die genannten Motive der Gemeindevertretungsmitglieder für ihr Engagement.
- ➏ Ergänze unter Rückgriff auf deine Ergebnisse aus den Aufgaben 4 und 5 weitere Argumente in deiner Tabelle.

M2 ZUSAMMENSETZUNG DER RENDSBURGER RATSVERSAMMLUNG

Stand: März 2018

CDU-Fraktion 	Krabbes, Thomas Geburtsdag: 18. 07. 1964 Versicherungsbetriebswirt, Fraktionsvorsitzender	Bädtker, Ingolf Geburtsdag: 26. 04. 1976 Immobilienmakler, 1. Stellvertreter der Stadtpräsidentin	Boller-Francke, Astrid Geburtsdag: 10. 07. 1962 Dipl.-Betriebswirtin, Stellvertretendes Senatsmitglied	Brunkert, Klaus Geburtsdag: 12. 06. 1950 Studentin, Senatsmitglied	Ilgstein, Anja Geburtsdag: 20. 10. 1967 Reiseverkehrskauffrau, 2. Stellvertreterin des Bürger- meisters
	Knabe, Gunnar Geburtsdag: 02. 08. 1965 Geschäftsführer, Stellvertretendes Senats- mitglied	Reibisch, Dorothee Betriebswirtin (BA)	Schmook, Markus Tierarzt	Staschewski, Dieter Kommunalbeamter	Staschewski, Felicity Selbständig (Steuerberatung)
SPD-Fraktion 	Begemann, Marc-Olaf Geburtsdag: 05. 04. 1974 Zimmerer/Berufsschullehrer, Stellvertretendes Senatsmitglied	Böge, Ralf Geburtsdag: 21. 06. 1956 Verwaltungsbeamter	Bruhn, Matthias Geburtsdag: 07. 04. 1971 Kfm. Angestellter, Senatsmitglied	Bruhn, Saskia Geburtsdag: 29. 07. 1980 Sonderschullehrerin	Bruhns, Annegret Geburtsdag: 22. 01. 1943 Rentnerin, Erste Stadträtin, Senatsmitglied
	Landt, Ute Arbeitet in der Erwachsenen- bildung	Möhding, Lothar Geburtsdag: 24. 06. 1947 Rentner	Sartorius, René Geburtsdag: 12. 01. 1953 Diplom Volkswirt, Fraktionsvorsitzender SPD, Senatsmitglied, 3. Stellvertreter des Bürger- meisters	Tams, Ralf Geburtsdag: 20. 07. 1969 Schmelzschweißer, Stellvertretendes Senats- mitglied	
Fraktion Bündnis 90/Grüne 	Schaffner, Klaus Geburtsdag: 22. 02. 1948 Wetterdiensttechniker, Fraktionsvorsitzender, Senatsmitglied	Fehrs, Iris Martina Geburtsdag: 26. 12. 1956 staatl. geprüfte Betriebswir- tin/Dipl. Sozialpädagogin, Stellvertretendes Senatsmitglied	Klan, Norbert Geburtsdag: 26. 08. 1970 Finanzbeamter, Stellvertretendes Senatsmitglied	Stechmann, Sabine Geburtsdag: 07. 11. 1961 Tierärztin, Stellvertretendes Senats- mitglied	
	Wilken, Fritjof Geburtsdag: 08. 05. 1945 Konrektor a. D., Senatsmitglied	Fraktion Soziales Rendsburg 	Hinz, Helge Geburtsdag: 12. 07. 1955 Diplompädagoge, Senatsvorsitzender, Fraktionsvorsitzender	Wiemer-Hinz, Karin Geburtsdag: 05. 04. 1958 Lehrerin, Stadtpräsidentin	
Fraktion Liste Wilken - für ein modernes Rendsburg 		Vollstedt, Andreas Geburtsdag: 03. 08. 1963 Selbständiger Handwerker, Fraktionsvorsitzender, Senatsmitglied	DIE LINKE (ohne Fraktionsstatus) 		
	Jochimsen, Morten Geburtsdag: 25. 04. 1963 Angestellter, Stellvertretendes Senats- mitglied			Lindenau, Volker Geburtsdag: 13. 09. 1956 staatl. anerkannter Erzieher, Beratendes Senatsmitglied	

M3 EINE BEGEGNUNG MIT STADT- UND GEMEINDEVERTRETER*IN*EN

Fragen, die während des Treffens aufgegriffen werden könnten

Welche Themen werden aktuell in der Stadt- bzw. Gemeindevertretung behandelt?

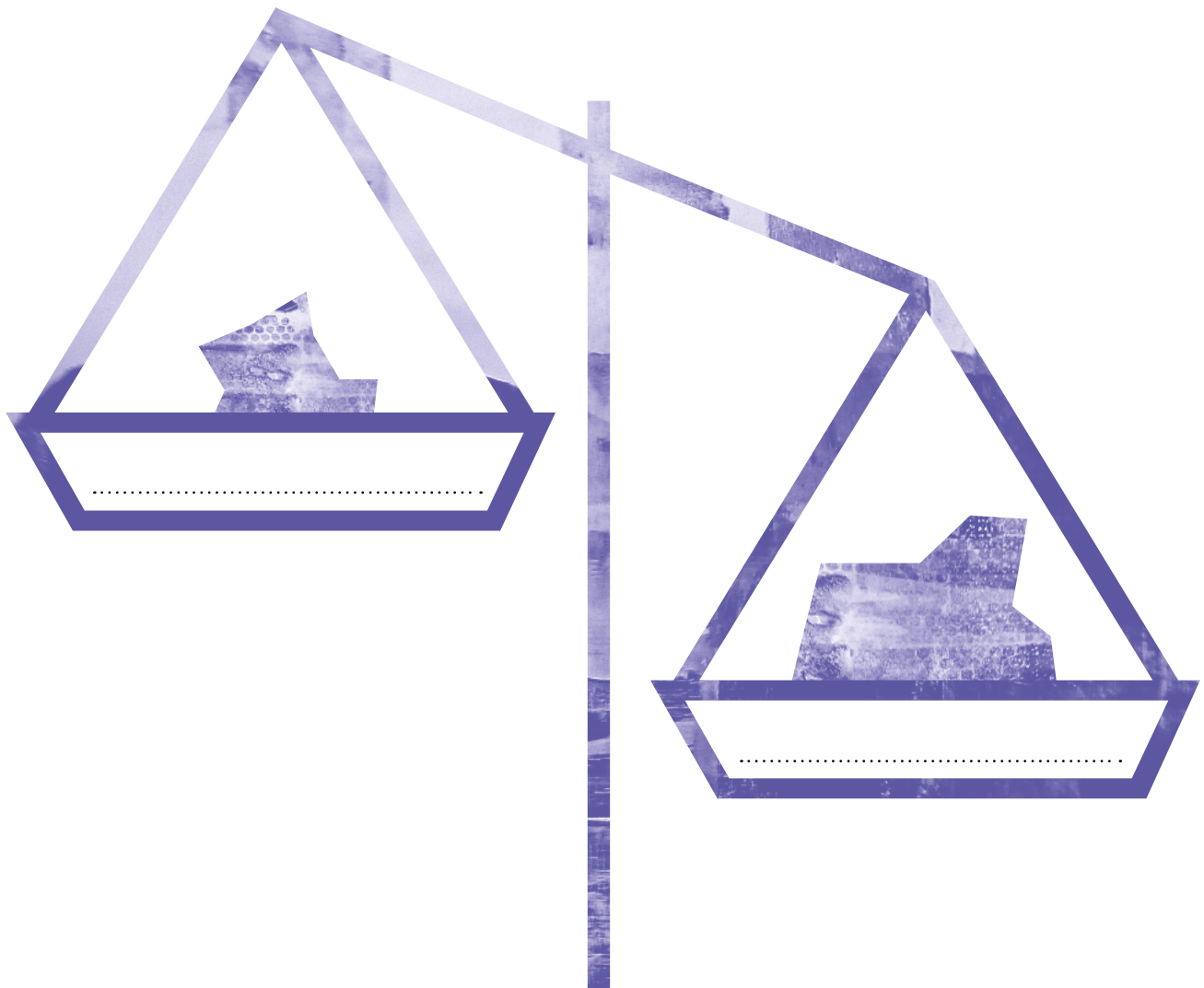
Wie wichtig ist es Ihnen, in ihrer Arbeit auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzugehen und was machen Sie konkret für Kinder und Jugendliche?

Warum haben Sie sich entschieden, für die Stadtvertretung zu kandidieren? Was sind Ihre Motive dort mitzuwirken?

Welche anderen/ weiteren Motive könnte es geben? Wissen Sie von Punkten, die bei Ihren Kolleg*innen eine Rolle spielen?

BÜRGERMEISTER/-IN UND GEMEINDEVERTRETUNG

In jeder Gemeinde gibt es politische Organe wie die Gemeindevertretung und den/die Bürgermeister/-in. Diese Organe haben verschiedene Befugnisse und Aufgaben und können so auf unterschiedliche Weise Einfluss auf die Politik in der Gemeinde nehmen. Doch wer hat eigentlich mehr Macht? Bürgermeister/-in oder Gemeindevertretung? Trage deine Einschätzung in die Waage unten ein. Anschließend sollst du deine Zuordnung vor der Klasse begründen.



BÜRGERMEISTER UND „RAT“ – WER HAT MEHR MACHT?

Ist der Bürgermeister/die Bürgermeisterin die mächtigste Person in Eurer Gemeinde? Was weißt du über dieses wichtige Amt? In dieser Stunde geht es um Macht!



ARBEITSAUFTRÄGE ZUM BESUCH IM RATHAUS/ZUM FILM:

1 Stelle den Aufbau und das Zusammenwirken der Gemeindeorgane in einer Gemeinde mit einem/-r hauptamtlichen Bürgermeister/-in bzw. einem/-r ehrenamtlichen Bürgermeister/-in als Schaubild dar. Berücksichtige dabei auch die Bürger/-innen. Die folgenden Fragen sind hilfreich:

1. Welche Organe gibt es?
2. Wer wählt diese Organe?
3. Was sind die grundlegenden Aufgaben der Organe (auch im Zusammenwirken mit den anderen Organen)?

2 Erkläre, wie es zu einem Beschluss in der Gemeinde kommt (Haupt- und Ehrenamt beachten). Erstelle zu diesem Zweck ein Fließdiagramm (vom Ausgangsproblem bis zur Beschlussfassung). Gehe dabei auf folgende Aspekte ein:

1. Wer ist beteiligt?
2. Wer macht und darf was (Zustimmung, Ablehnung, Beratung, Vorschlag, Beschluss, Empfehlung)?

3 Erkläre mit eigenen Worten, wie Gemeindevertretung und der/die Bürgermeister/-in gewählt werden.

4 Überprüfe ausgehend von deinen Ergebnissen aus Aufgabe 1 bis 3, wer in der Stadt/Gemeinde _____ Macht hat. Notiere deine Argumente an den entsprechenden Waagschalen auf dem Arbeitsbogen KV 4 + 5.3.

Zusatzaufgabe zu Arbeitsauftrag 1
Ergänze das Schaubild aus Aufgabe 1 um die Organe auf Amts- und Kreisebene. Berücksichtige dabei den Amtsausschuss, den/die Amtsvorsteher/-in, den Kreistag, den/die Kreispräsidenten/Kreispräsidentin und den/die Landrat/Landrätin.

Argumente für und gegen Macht der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters

Diagram of a balance scale for arguments. The left pan is labeled **für** and the right pan is labeled **gegen**. Both pans contain horizontal dotted lines for writing arguments.

Argumente für und gegen Macht der Gemeindevertretung

Diagram of a balance scale for arguments. The left pan is labeled **für** and the right pan is labeled **gegen**. Both pans contain horizontal dotted lines for writing arguments.

GRÜNDUNG EINER JUGENDVERTRETUNG – VORHABEN IM SINNE ALLER BETEILIGTEN?

Tut der Politik in eurer Stadt einen Gefallen und verschafft euch Gehör in der Kommunalpolitik! Wie? Zum Beispiel indem ihr ein Kinder- und Jugendparlament gründet. Schaut selbst, was dafür oder dagegen spricht und was Politiker/-innen dazu sagen.

M1 – Schüler dürfen künftig mitreden

In der Stadt Rodgau wird ein Kinder- und Jugendparlament installiert, das mit Beginn des neuen Schuljahres die Interessen der Kids vertreten soll. Die Schüler von drei weiterführenden Rodgauer Schulen werden das Wahlrecht für das Kinder- und Jugendparlament bekommen und wählen aus ihrer Mitte bis zu 15 Mitglieder.

Die Georg-Büchner-, die Geschwister-Scholl- und die Heinrich-Böll-Schule dürfen in einer „Urwahl“ je fünf Vertreter entsenden, die für zwei Jahre gewählt werden. Das sieht die Geschäftsordnung vor, die die Stadtverordneten am Montagabend gegen die Stimmen von sieben CDU-Parlamentariern für das Kinder- und Jugendparlament beschlossen.

Die Schüler der drei Schulen können ihre Vorschläge bis zwei Wochen vor der Wahl schriftlich einreichen. Auch eine Wiederwahl ist möglich. Verlässt ein gewählter Jugendparlamentarier die Schule, dann scheidet er aus dem Gremium aus – außer er wechselt auf die gymnasiale Oberstufe der Claus-von-Stauffenberg-Schule.

In allen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, darf das Nachwuchsparlament Vorschläge bei der Stadtvertretung einreichen. Mindestens einmal im Vierteljahr soll es öffentlich tagen, wobei auch immer ein Mitglied der Stadtvertretung mit von der Partie ist. Die Vorstände des Jugendgremiums haben in jugendrelevanten Angelegenheiten eine beratende Stimme in der Stadtverordnetenversammlung und in den Ausschüssen.

Der Blick in andere Kommunen zeige, dass es keine Pauschallösung und keinen goldenen Weg gebe. „Ob eine Jugendvertretung funktioniert, wird immer am Engagement der jeweiligen Jugendlichen liegen“, so ein Magistratsmitglied. (...)

(Quelle: Anette Schlegle: Schüler dürfen künftig mitreden; Frankfurter Rundschau vom 15. 02. 2015; gekürzt und leicht bearbeitet)

ARBEITSAUFTRAG

- ➊ Schreibe ausgehend von dem Zeitungsartikel [M1] einen Informationsbrief an die Schüler/-innen aus Rodgau, in dem du über das Kinder- und Jugendparlament informierst. Gehe dabei auf die Zielsetzung, die Wahl und die Befugnisse ein.
- ➋ arbeitsteilig
 - Stell dir vor, du bist **Jugendliche/-r** aus Rodgau. Erarbeite Argumente, die aus deiner Sicht **für** die Einrichtung des beschriebenen Jugendparlaments sprechen.
 - Stell dir vor, du bist **Jugendliche/-r** aus Rodgau. Erarbeite Argumente, die aus deiner Sicht **gegen** die Einrichtung des beschriebenen Jugendparlaments sprechen.
 - Stell dir vor, du bist **Mitglied der Stadtvertretung** Rodgau. Erarbeite Argumente, die aus deiner Sicht **für** die Einrichtung des beschriebenen Jugendparlaments sprechen.
 - Stell dir vor, du bist **Mitglied der Stadtvertretung** Rodgau. Erarbeite Argumente, die aus deiner Sicht **gegen** die Einrichtung des beschriebenen Jugendparlaments sprechen.
 - Geht in euren Argumenten auf folgende Aspekte ein:
 - Inwiefern wird durch das Jugendparlament die Partizipation und Repräsentation von Kindern- und Jugendlichen beeinflusst? Für wen genau treffen eure Argumente zu?
 - Inwiefern werden durch das Jugendparlament die politische Macht und die Arbeit der Stadtvertretung beeinflusst?
 - Inwiefern beeinflusst die Beteiligung der Jugendlichen die politischen Entscheidungen der Stadt (z. B. deren Legitimität und Effizienz)?
- ➌ Tauscht euch in eurer Gruppe aus und sortiert doppelte Argumente aus. Haltet eure Argumente auf den Tafelkärtchen fest. Achtet dabei darauf, dass diese gut lesbar sind (Stichworte, große Schrift). Anschließend wird es eure Aufgabe sein, eure Position in einer Debatte zu vertreten.

M2 – Schüler dürfen künftig mitreden (Teil II)

Die CDU-Fraktion hatte einen eigenen Satzungsvorschlag für das Jugendparlament unterbreitet, der vorsah, dass alle Rodgauer Jugendlichen zwischen 14 und 18 wahlberechtigt sind – egal, ob sie in ihrer Heimatstadt oder auswärts in die Schule gehen.

Die Christdemokraten wollten 21 Mitglieder per Briefwahl wählen lassen und schlugen für den Vorsitzenden des Jugendparlaments ein fünfminütiges Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung vor. Sie plädierten dafür, dass sich das Jugendparlament seine eigene Geschäftsordnung gibt und damit seine Arbeitsweise selbst bestimmt. „Unser Antrag ist deutlich demokratischer“, machte Lars Neumann (CDU) klar.

Die anderen Fraktionen lehnten den CDU-Vorstoß allerdings ab. „Wie sollen die Kinder und Jugendlichen jemanden wählen, den sie nicht kennen und zu dem sie danach auch nie mehr Kontakt haben werden?“, fragte ein Vertreter von den Grünen. „Dann müsste es sogar eine Art Wahlkampf geben.“

(Quelle: Anette Schlegle: Schüler dürfen künftig mitreden; Frankfurter Rundschau vom 15.02.2015; gekürzt und leicht bearbeitet)

ARBEITSAUFTRAG

- ➊ Vergleiche den alternativen Vorschlag der Rodgauer CDU-Fraktion mit der derzeitigen Umsetzung in Rodgau.
- ➋ Erörtere diesen Vorschlag aus Sicht der Jugendlichen und der Stadtvertretung.
- ➌ Nimm persönlich Stellung, welche Variante des Jugendparlaments du bevorzugst und begründe deine Position.



KINDER- UND JUGENDBEIRAT – „SCHULE DER DEMOKRATIE“?

„Die Politiker da oben machen eh, was sie wollen.“ Diesen Spruch hört man vielfach. Aber stimmt das denn? Weißt du, dass du in deiner Schule oder Gemeinde selbst mithelfen kannst, Probleme zu lösen oder eigene Ideen zu verwirklichen?

M1 – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (§ 47f GO SH)

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

- (1) Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu muss die Gemeinde über die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner nach den §§ 16 a bis 16 f hinaus geeignete Verfahren entwickeln.*
- (2) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, muss die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.

*§ 16

- § 16 a – Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner
- § 16 b – Einwohnerversammlung
- § 16 c – Einwohnerfragestunde, Anhörung und Einwohnerbefragung
- § 16 d – Hilfe bei Verwaltungsangelegenheiten
- § 16 e – Anregungen und Beschwerden
- § 16 f – Einwohnerantrag



Quelle: Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung – GO)

URL: <http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/?quelle=jlink&query=GemO+SH%C2%A7+47f&psml=bsshoprod.psml&max=true>

KINDER- UND JUGENDBEIRAT IN AHRENSBURG: BEISPIELE AUS DER PRAXIS

M 2 – Vier Praxisbeispiele aus Ahrensburg

Der Kinder- und Jugendbeirat Ahrensburg (KiJuB) ist eine der ältesten kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen in Schleswig-Holstein und hat Rede- und Antragsrecht in allen politischen Ausschüssen der Stadt. Seine Mitglieder kommen aus den Jugendorganisationen, Schulen und Jugendzentren der Gemeinde. Sie treffen sich einmal im Monat, um Projekte zu planen, aktuelle Themen zu beraten und Anträge und Stellungnahmen vorzubereiten.

Beispiel 1: Spiegel am Fahrradweg zur Schule

Der viel befahrene Fahrradweg an der „Manhagener Allee“ wird täglich von vielen Schüler(inne)n für den Schulweg genutzt. Zwei Einmündungen auf diesen Fahrradweg sind stark bewachsen, wodurch es oft zu Beinahe-Unfällen zwischen Fahrradfahrer(inne)n kam. Die Mitglieder des KiJuB bemerkten das Problem auf ihrem Schulweg und stellten daher den Antrag, Spiegel an diesen beiden Einmündungen anzubringen, um die Situation vor Ort zu entschärfen. Nach einigen Anläufen im zuständigen Ausschuss wurde der Antrag angenommen; bis zur Aufstellung beider Spiegel hat es allerdings noch einiger Zeit und einiger Nachfragen bedurft.

Beispiel 2: Spielplatz Süderoogstieg

In einem Stadtteil mit vielen Familien, die ein geringeres Einkommen haben und in kleineren Wohnungen leben, gab es einen stark verwitterten Spielplatz, der drohte, aus Sicherheitsgründen geschlossen werden zu müssen. Der KiJuB hat daher mit den Kindern des Stadtteils einen neuen Spielplatz geplant. 40.000 Euro waren für den Bau im Haushalt vorgesehen. Dieses Geld sollte dann jedoch aus dem Haushalt gestrichen werden. Die Folge wäre der Abbau des Spielplatzes gewesen – und das gerade in einem Stadtteil, in dem die Eltern der meisten Kinder keinen Garten haben. Der KiJuB hat daher auf der Sitzung der Stadtverordneten den Antrag gestellt, den Haushaltsposten nicht zu streichen. Mit Erfolg: Das Geld blieb im Haushalt und der Spielplatz wurde wie geplant gebaut. (Übrigens: Bei einer späteren Spielplatzbewertung hat der Spielplatz, der unter Beteiligung der Kinder entstanden ist, den zweiten Platz erreicht.)



ARBEITSAUFTRAG

- ➊ Bildet Vierergruppen (➤ STAMMGROUPE) und teilt die Beispiele auf. Jedes Gruppenmitglied liest sein Beispiel.
- ➋ Im Anschluss treffen sich jeweils vier Schüler/-innen, die das gleiche Beispiel bearbeitet haben, in einer neuen Gruppe (➤ EXPERTENGROUPE). Klärt in den Expertengruppen zunächst Unklarheiten zu eurem Beispiel. Bearbeitet im Anschluss gemeinsam folgende Fragen (alle müssen die Ergebnisse notieren!):
 - a) Mit welchem Problem hat sich der Kinder- und Jugendbeirat befasst?
 - b) Was war das Vorgehen und wie sieht der Lösungsansatz aus?
 - c) Überlegt in der Gruppe zusammen, warum die Kinder und Jugendlichen hier so erfolgreich waren, ihre Forderungen und Interessen auch tatsächlich durchzusetzen (Tabelle s. Erfolgsrezept).
- ➌ Kehrt in die STAMMGROUPE zurück und stellt euch a) die Fälle und die Ergebnisse vor. Notiert in der Ergebnisübersicht weitere Punkte zum Bereich „Erfolgsrezept“. b) Überlegt nun gemeinsam, bei welchen Problemen aus eurem Alltag eine Initiative von Kindern und Jugendlichen notwendig oder zumindest wünschenswert wäre.
- ➍ Diskutiert, ob folgende Aussage zutreffend ist: Die Arbeit in einer Kinder- und Jugendvertretung ist die ideale „Schule der Demokratie“.

Beispiel 3: Abibälle im Marstall

Drei Schulen in Ahrensburg haben eine Oberstufe. Ihre Abibälle verlegen sie jedoch meist nach Hamburg, weil es in der Stadt keinen richtig gut geeigneten Raum dafür gibt. Geeignet wäre der „Marstall“, ein Kulturzentrum der Stadt, welcher durch einen Verein verwaltet wird. Anfragen von Abijahrgängen, ihren Abiball dort zu veranstalten, wurden durch den Verein stets abgelehnt u.a. aus Sorge vor großen Schäden. Im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, der über die Zuschüsse an den Verein entscheidet, hat der KiJuB die Politiker(inne)n überzeugt, dem Verein die Vorgabe zu machen, dass auch Anfragen für Abibälle zugelassen werden müssen, wenn Rahmenbedingungen wie eine Versicherung, Security etc. eingehalten werden, damit die Ahrensburger Schüler/-innen ihren Abiball in ihrer Stadt feiern können.

Beispiel 4: Straßennamen Erlenhof

Vor der Erschließung des Neubaugebietes Erlenhof sollten die neuen Straßennamen im Bau- und Planungsausschuss von den Politiker(inne)n vergeben werden. Der KiJuB aber hatte die Idee, dass die Ahrensburger/-innen bei der Vergabe der neuen Straßennamen in ihrer Stadt mitentscheiden sollten. Der Antrag des KiJuB, dass Vorschläge für neue Straßennamen eingereicht werden können, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Aktion wurde ein großer Erfolg: Viele Einwohner/-innen haben Straßennamen vorgeschlagen, von denen die besten dann im Ausschuss beschlossen wurden. Auch bei späteren neuen Straßen wurden die Bürger/-innen danach wieder gefragt.



M3 ERGEBNISSE AUS DER EXPERTENGRUPPE

Beispiel

2a)

Problem?

2b)

Lösungsansatz

2c)

Das Erfolgsrezept?

*Expertengruppe
(nur zu meinem Beispiel)*

3a)

Das Erfolgsrezept zusammengefasst

Stammgruppe

3b)

Meine Ideen

*„Hier müsste dringend etwas
unternommen werden!“*

BÜRGERBEGEHREN, BÜRGERENTSCHEIDE – WIE VIEL DIREKTE MITBESTIMMUNG BRAUCHEN WIR?

Sind wir Bürger/-innen nicht eigentlich die besseren Politiker/-innen? Schließlich wissen wir, was in unserem Dorf oder unserer Stadt Sache ist. Sollten daher nicht bei viel mehr Themen die Bewohnern/-innen einer Gemeinde direkt abstimmen?

M 1a – Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Die Gemeindeordnung und die Kreisordnung geben den Wahlberechtigten das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen über Selbstverwaltungsaufgaben selbst zu entscheiden. Zu einem Bürgerentscheid kommt es entweder durch Beschluss der Gemeinde- oder Stadtvertretung beziehungsweise des Kreistages oder auf Antrag der Bürgerinnen und Bürger (Bürgerbegehren).

Wollen die Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel einen zusätzlichen Kindergarten, eine Sportanlage oder zentrale Abwasserentsorgung, so können sie mit einem Bürgerbegehren die Durchführung eines Bürgerentscheids beantragen. Das Bürgerbegehren muss schriftlich in Form einer Frage eingereicht werden, die mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann, eine Begründung sowie eine Kosten-schätzung der zuständigen Verwaltung enthalten und bis zu drei Vertretungsberechtigte benennen. Das Bürgerbegehren muss von einer bestimmten Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden, das heißt je nach Einwohnergröße der Gemeinde müssen mindestens 4 % bis 10 % der Stimmberechtigten unterschrieben haben. Die Initiatoren eines beabsichtigten Bürgerbegehrens können sich von der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde über das Verfahren und die Zulässigkeitsanforderungen beraten lassen.

Gegenstand eines Bürgerentscheids dürfen nur Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde beziehungsweise des Kreises sein. Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Landes oder des Bundes fallen, sind ausgeschlossen. Einem Bürgerentscheid nicht zugänglich sind beispielsweise auch Entscheidungen über Haushalt und Gebühren.

Ein Bürgerentscheid ist erfolgreich, wenn die Mehrheit der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger die gestellte Frage mit „Ja“ beantwortet hat, sofern diese Mehrheit ein bestimmtes, nach Einwohnergrößen der Gemeinden gestaffeltes Mindest-Quorum erreicht. So müssen zum Beispiel in Gemeinden mit bis zu 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern mindestens 20 % und in Städten mit mehr als 150 000 Einwohnerinnen und Einwohner mindestens 8 % der Bürgerinnen und Bürger zustimmen.

Für den Fall, dass an einem Tag mehrere Bürgerentscheide stattfinden, deren Fragestellungen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Art und Weise beantwortet werden und somit ein widersprüchliches Ergebnis zustande kommen würde, hat die Gemeindevertretung eine Stichfrage zu formulieren. Mit diesem Stichtent-scheid entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, welcher Bürgerentscheid umgesetzt wird, wenn die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Bürgerentscheide jeweils die erforderliche Mehrheit erreicht haben.

URL: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kommunales/kommunalrecht/buergerrechte.html>

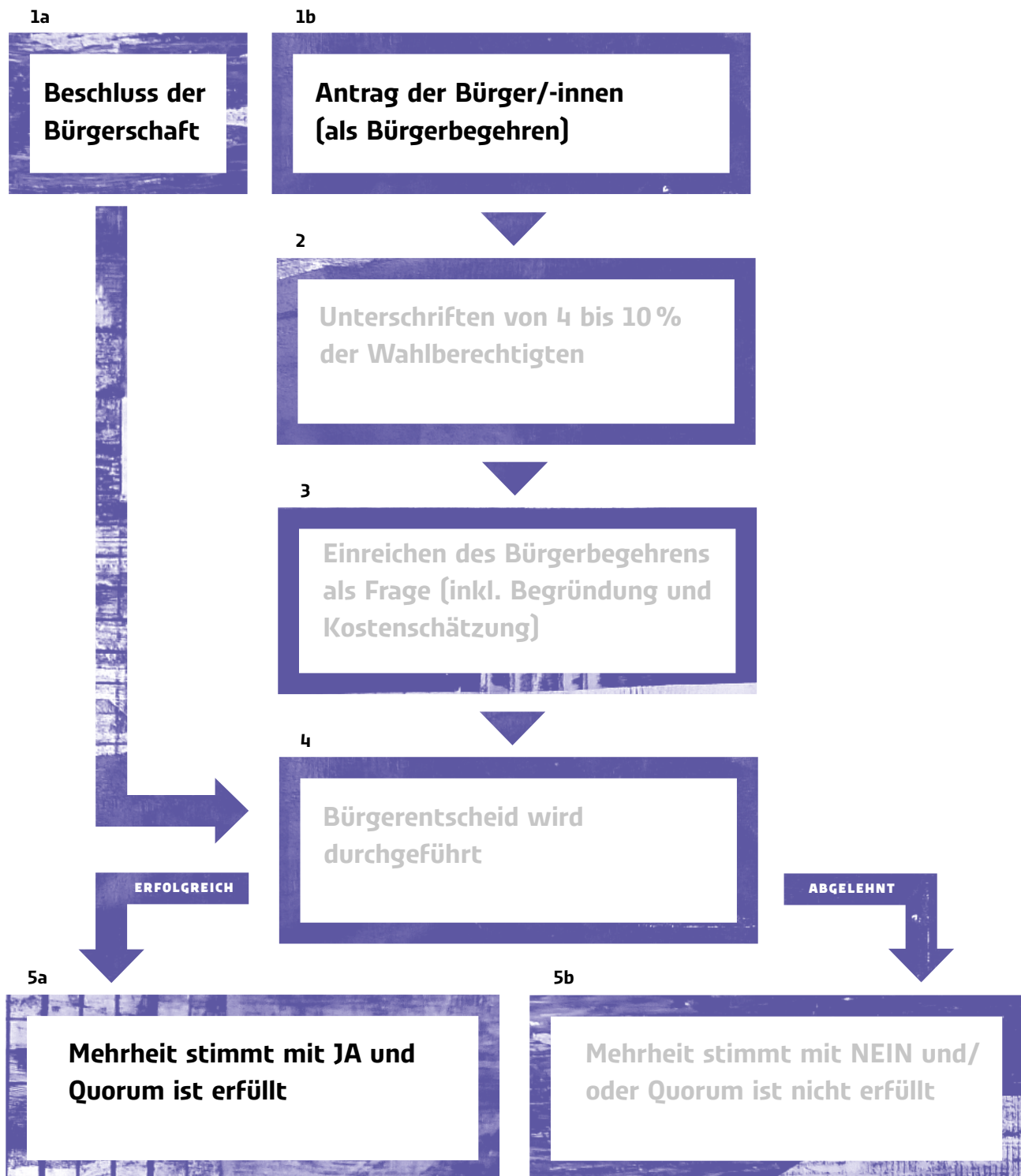
ARBEITSAUFTRAG

❶ Lies den Text M1a. Nummeriere im Anschluss die vorgegebenen Stichpunkte, um sie danach passend in das Schaubild „Vom Bürgerbegehren zum Bürgerentscheid“ einzufügen (M1b, s. Rückseite).

❷ Errechne, wie hoch das Quorum bei einer Stadt wie Lübeck mit 176 000 Wahlberechtigten wäre?
Lösung: 8 %, also 14 080 Personen

❸ Gib eine spontane Antwort: Bist du für oder gegen (mehr) Bürgerentscheide?

M1b – Schaubild: Vom Bürgerbegehren zum Bürgerentscheid



NUMMERIERE DIE SCHRITTE DER REIHE NACH UND VERVOLLSTÄNDIGE DAS SCHAUBILD ...

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> 1a Beschluss der Gemeinde-/Stadtvertretung/des Kreistages | <input type="checkbox"/> Bürgerentscheid wird durchgeführt |
| <input type="checkbox"/> 1b Antrag der Bürger/-innen (als Bürgerbegehren) | <input type="checkbox"/> Mehrheit stimmt mit NEIN und/oder Quorum ist nicht erfüllt |
| <input type="checkbox"/> Einreichen des Bürgerbegehrens als Frage (inkl. Begründung und Kostenschätzung) | <input type="checkbox"/> 5a Mehrheit stimmt mit JA und Quorum ist erfüllt |
| <input type="checkbox"/> Unterschriften von 4 bis 10 % der Wahlberechtigten | |

BÜRGERENTSCHEIDE IN DER DISKUSSION

M2 – Thesen zum Thema Volksabstimmungen

Wir brauchen dringend mehr Volksabstimmungen, denn Bürger sind die besseren Politiker!

vs.

Vorsicht vor den Befürwortern von Volksabstimmungen, denn es geht ihnen nur um ihre eigenen Vorteile.

Beispiel: Umgestaltung eines Kais am Rande der Lübecker Altstadt

M3 – Worum geht es?

Die Hansestadt Lübeck plant die Umgestaltung Westlicher Altstadtstrand „An der Untertrave“. Als Baubeginn war das Jahr 2016 geplant. Im Rahmen der letzten Planungen zur Neugestaltung sollte der Bestand von 48 Winterlinden durch 60 neue Bäume ersetzt werden, um Platz für eine breite Promenade an der Kaikante zu schaffen und so die Aufenthaltsqualität am Wasser zu erhöhen. Die Gegner/-innen des Plans argumentieren, dass man die Linden erhalten müsse und dass eine Umgestaltung auch mit dem bisherigen Baumbestand möglich sei. Die Hansestadt argumentiert, dass dringend benötigte und bewilligte Fördermittel des Landes in Millionenhöhe nur für einen begrenzten Zeitraum und bei genauer Einhaltung des vorgelegten Planes fließen würden. Dieser Plan sieht das Entfernen der bestehenden Bäume vor. Die Gegner/-innen hingegen sagen, dass die in Auftrag gegebenen Gutachten, die die Gesundheit der Bäume als kritisch bewerten, nicht stichhaltig seien und dass eine Umgestaltung sehr wohl auch mit den alten Linden möglich sei. In der Folge fand sich ein Bündnis aus Bürger(inne)n und Politik, das mit ihrem erfolgreichen *Bürgerbegehren* einen *Bürgerentscheid* in Lübeck herbeiführen konnte. Der Bürgerentscheid war am 18.12.2016 mehrheitlich mit „Ja“ erfolgreich im Sinne der Initiative. Folglich waren die Pläne der Stadt in ihrer ursprünglichen Form zum Stillstand gebracht worden.

Wie lautete der Antrag? „Sollen die an der Untertrave vorhandenen Bäume erhalten bleiben und mit in die Umgestaltung der Straße einbezogen werden?“.

Wie ist abgestimmt worden? Der Bürgerentscheid ist gewonnen. 255 Stimmen haben den Ausschlag gegeben. 20.659 Lübecker/-innen haben mit „Ja“ gestimmt – das sind 50,3 Prozent. Und 20.404 Wahlberechtigte haben „Nein“ angekreuzt – das sind 49,7 Prozent. Zur Wahl waren 177.953 Lübecker aufgerufen, davon sind 41.269 an die Wahlurnen gegangen.

Quelle: <http://www.ln-online.de/Lokales/Luebeck/Vor-allem-Altstadt-Bewohner-gegen-Erhalt-der-Linden>, Zugriff am 27.11.2017

ARBEITSAUFTRAG ZUR VORBEREITUNG EINER DEBATTE

- ➊ Wähle eine der zwei Positionen (M4 oder M5) aus und arbeite die Argumente aus deinem Text heraus.
- ➋ Stellt euch im Anschluss die Ergebnisse in Partnerarbeit gegenseitig vor. Ergänzt eure Listen, so dass jeder die Pro- und die Contra-Argumente schriftlich in einer Tabelle vorliegen hat. Wenn möglich, ergänzt eigene Ideen.
- ➌ Bereite die dir zugeteilte Rolle für eine Debatte vor. Überlege dir dafür, a) wie du deine Argumente schlüssig vortragen kannst und b) wie du auf Argumente der Gegenseite reagieren kannst.

Autorentext

M4 – Nein zu mehr direkter Demokratie

Bürgerentscheide können ein sinnvolles Mittel zur Beteiligung von Bewohner(inne)n einer Gemeinde sein. Es gibt aber eine Reihe von möglichen Problemen und Nachteilen, die sich die Befürworter/-innen von plebiszitären Elementen vor Augen führen sollten. Die Vorbereitung und Durchführung der Entscheide ist für die meist finanzschwachen Gemeinden sehr teuer. Zudem geht es bei den Fragen, über die abgestimmt wird, häufig um komplizierte Sachverhalte, über die man sich ohne spezielles Fachwissen sowie Erfahrung in der Politik und der Verwaltung kaum ein fundiertes Urteil erlauben kann.

Weil den meisten Bürger(inne)n diese tieferen Einblicke natürlich fehlen, können gut organisierte Gruppen sehr viel Einfluss auf sie nehmen – im schlimmsten Fall sie sogar mit falschen Informationen manipulieren. Populisten tun dies z. B., indem sie behaupten, dass es auf komplizierte Fragen einfache Antworten gibt. Hinzu kommt, dass es bei manchen Entscheidungen am Ende gar nicht mehr um die eigentliche Frage geht, sondern darum, Protest zu organisieren, um den regierenden Politiker(inne)n eins auszuwischen. So bekommen wir nicht mehr Demokratie, sondern einen Missbrauch von Mitbestimmung.

Auch zeigt sich, dass die Fragen, mit denen sich Bürgerentscheide befassen, oft nur eine kleine Gruppe direkt betreffen. Abstimmen dürfen aber alle Einwohner/-innen einer Gemeinde, auch die, die nicht direkt betroffen sind und sich kein Bild aus erster Hand machen oder nicht die Konsequenzen der Entscheidung (er-)tragen müssen. So kommt es vor, dass die direkt Betroffenen quasi von den Nicht-Betroffenen überstimmt werden.

Mit dem niedrigen Quorum tritt noch eine weitere Form der Verzerrung des Mehrheitswillens hinzu: Es gibt Beispiele von Bürgerentscheiden, bei denen aufgrund einer niedrigen Wahlbeteiligung letztendlich unter 10 % der Wahlberechtigten die Mehrheit bei einer Abstimmung bildeten. Das Ergebnis gilt dann und muss von den Politiker(inne)n umgesetzt werden. Diese Gruppe besteht zudem nicht selten aus sozial Bessergestellten und anderen politisch gut organisierten Minderheiten, die allgemein häufiger an Abstimmungen teilnehmen oder direkt in Initiativen mitwirken, um ihre Interessen wahrzunehmen. Vielfach wird den Befürworter(inne)n von mehr Bürgerbeteiligung erst nach den Entscheidungen bewusst, was sie angerichtet haben. Es gibt außerdem einfachere (und billigere!) Möglichkeiten, wie Befragungen und Bürgerversammlungen, mit denen man Betroffene direkt in Entscheidungsprozesse einbeziehen kann.

Es gibt gute Gründe dafür, dass wir die Verantwortung für die Entscheidungen in der Gemeinde jeweils für einige Jahre an Ratsmitglieder abgeben. Jeder hat die Chance, diese Entscheidung bei der jeweils nächsten Wahl zu korrigieren, aber so lange sollte man die Dinge den gewählten Vertreter/-innen überlassen!

M5 – Ja zu mehr direkter Demokratie

Bürgerentscheide sind wichtig und richtig, weil sie den Bürger(inne)n die Chance geben, ihre Stadt oder Gemeinde mitzugestalten, also genau den Raum, in dem sie leben. Bewohner/-innen einer Gemeinde müssen als Betroffene berechtigt sein, mitzuentcheiden, z. B. wenn es um Bau- oder Verkehrsprojekte vor Ort geht. Der häufig geäußerte Vorwurf, es fehle den Bürger(inne)n an Sachkenntnissen, um über komplexe politische Fragen abzustimmen, ist nicht gerechtfertigt, da es gerade in der Kommunalpolitik um die unmittelbaren Bedürfnisse und Probleme der Anwohner/-innen geht. Zudem sollen Repräsentant(inne)n wie Bürgermeister/-in, Gemeindevertreter/-innen usw. ja nicht abgeschafft werden! Es geht nur darum, dass die Bürger/-innen in ganz bestimmten Fragen entweder direkt durch die Gemeindevertreter/-innen oder auf Initiative von engagierten Bürger(inne)n durch ein Begehren einbezogen werden (müssen).

Die Demokratie gewinnt durch die öffentliche Debatte: Politiker/-innen, Zeitungen, Nachbar(inne)n, Familien informieren und diskutieren. Alle Seiten sind darauf aus, Fakten und unterschiedliche Argumente in die Diskussion einzubringen, so dass Entscheidungen viel transparenter und offener ablaufen als es sonst der Fall wäre. Hand aufs Herz: Wer will oder kann sonst schon nachvollziehen, wie und mit welchen Argumenten Entscheidungen in der Gemeinde normalerweise ablaufen. So mancher wird die Kommunalpolitik erst durch die vor einem Bürgerentscheid entfachte öffentliche Diskussion überhaupt richtig erleben. Wieder andere gehen soweit, dass sie sich selbst in die (Kommunal-)Politik einbringen. Die mitunter niedrige Beteiligung bei Bürgerentscheiden ist kein Argument gegen sie. Alle Stimmberechtigten treffen ihre freie Wahl. Sich hinterher darüber zu beschweren, dass einem das Ergebnis nicht gefällt, ist naiv. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Diese Erfahrung, sich übergeben zu fühlen, führt im besten Fall dazu, dass Nichtwähler/-innen bei der nächsten Abstimmung (oder Wahlen allgemein) nicht darauf verzichten, ihre Stimme abzugeben. Das Gewicht der eigenen Stimme in der Demokratie wird spürbar.

Manche kritisieren, dass es Fälle vor allem bei Bau- und Verkehrsvorhaben gab, bei denen Bürgerentscheide gegen die Interessen direkt betroffener Anwohner/-innen ausgegangen sind. Auch wenn es nicht immer nur Gewinner/-innen geben kann, muss doch das Gemeinwohl im Blick bleiben, z. B. wenn es um die Umwelt, den Bau eines Spielplatzes oder einer Umgehungsstraße geht. Dieses ermittelt man am eindeutigsten, wenn man alle Bürger/-innen per Bürgerentscheid befragt.

Klar, für Politiker/-innen ist es einfacher sich in ihren Gremien zu einigen und ohne Verzögerung oder Eingriffe von außen durchzuregieren, aber etwas mehr „Selbstregierung der Bürger/-innen“ würde die Menschen, die sich immer weiter von der Politik entfernen, wieder für die Demokratie begeistern!

KOMMUNALPOLITIK – EIN MACHTSPIEL MIT VIELEN FIGUREN

Wer entscheidet eigentlich, ob meine Lieblingsbadestelle für ein Gewerbegebiet weichen muss? Erfahre selbst in einem Rollenspiel, wie schwierig es ist, eine Entscheidung zu treffen, die du mit gutem Gewissen vertreten kannst. Denn eins ist leider klar: Du wirst es nicht allen Seiten zu 100 % recht machen können.

M1 – Konferenzspiel: Ausweisung einer wilden Flussuferzone als Gewerbefläche?

Die Ausgangslage

In eurer Gemeinde hat ein finanzstarker Investor bekanntgegeben, dass er auf der Suche nach einer großen Fläche zur Erschließung eines Gewerbegebietes ist. Als für seine Zwecke ideal geeignet sieht er eine große Zone am Rande des Flusses in eurem Ort an. Bei diesem verkehrsgünstig gelegenen Gebiet handelt es sich zwar um kein offiziell anerkanntes Naturschutzgebiet, es ist aber aufgrund der guten Bademöglichkeiten beliebt und zudem bekannt für seinen Artenreichtum, der Spaziergänger/-innen, Vogelkundler/-innen, Pflanzenfreunde und Angler/-innen seit eh und je anzieht.

In der Kommunalpolitik ist die Umwandlung des Flussufers samt angrenzenden Wiesen in ein Gewerbegebiet umstritten. Während einer ANHÖRUNG kommen unterschiedliche Gruppen zu Wort:

Rollen

- Investor(inn)en, die das Gewerbegebiet errichten wollen,
- Arbeitnehmervertreter/-innen, die auf neue Arbeitsplätze hoffen,
- Unternehmervertreter/-innen, die sowohl neue Konkurrenz fürchten als auch auf Nachfrage hoffen,
- Ratsmitglieder, die z. B. eine Erhöhung der Einnahmen erwarten, die aber auch die Ängste der Anwohner kennen,
- Umweltschutzgruppen, denen die Natur am Herzen liegt,
- Bürgermeister/-in, der/die die Diskussion moderiert und um einen Interessenausgleich bemüht ist,
- Anwohner/-innen, die von dem Erholungswert des Gebietes profitieren und in der Nähe bewusst ihre Häuser gebaut haben.

Ablauf

Vor der Debatte: Teilt euch in die unterschiedlichen Interessengruppen auf, überlegt euch eigene Argumente und sammelt weitere Argumente und Fakten, z. B. im Internet, aus der Presse und durch Befragungen von fachkundigen Personen. Die Lehrkraft oder die Klasse bestimmen eine/n Bürgermeister/-in, der/die die Spielphasen (ANHÖRUNG und RATSSITZUNG) moderiert. Die Moderation führt Gesprächsregeln ein, auf deren Einhaltung streng geachtet wird.



ARBEITSAUFTRÄGE (NÄHERE DETAILS SIEHE ABLAUF)

- ➊ Erarbeitet in eurer Gruppe Argumente und eine durchdachte Strategie für die Durchsetzung eurer Positionen bei der ANHÖRUNG vor den Gemeindevertreter(inn)en.
- ➋ Wählt für die ANHÖRUNG ein Gruppenmitglied aus, das die Argumente der Gruppe vor den Ratsmitgliedern erst präsentiert und in der folgenden FRAGE- UND DISKUSSIONSRUNDE verteidigt. Der/die Bürgermeister/-in moderiert die Anhörung. Alle anderen schlüpfen hierfür im Anschluss an die Gruppenarbeit in die Rolle der Ratsmitglieder und fragen kritisch nach.
- ➌ Als Gemeindevertreter/-in tauscht ihr euch im Anschluss an die Anhörung in der RATSSITZUNG abschließend über das Gehörte aus, legt eure persönliche Meinung fest und führt die ABSTIMMUNG durch.
- ➍ Diskutiert nach der ABSTIMMUNG im Plenum das Ergebnis in der Klasse.

Spielphasen

- I. ANHÖRUNG:** In einer ersten Phase werden die unterschiedlichen Gruppen (je durch nur eine Person vertreten) angehört. Jede/-r Vertreter/-in trägt die Argumente für/gegen das Vorhaben vor. (Jetzt wird noch nicht diskutiert! Die Moderation sorgt für einen reibungslosen Ablauf. Achtung Rollenwechsel! Nun werden bis auf die Journalist(inn)en alle Gruppenmitglieder zu Ratsmitgliedern.)
- II. FRAGERUNDE:** In einer zweiten Phase stellen die Ratsmitglieder Rückfragen an die unterschiedlichen Gruppen, die ihre Aussagen ergänzen oder klarstellen können.
- III. DISKUSSION:** Es folgt die dritte Phase, in der eine offene Aussprache zwischen allen Anwesenden stattfindet.
- IV. RATSSITZUNG** (nur die Ratsmitglieder ohne Interessenvertreter/-innen): In der vierten Phase tauschen sich die Ratsmitglieder ohne Beteiligung der Interessenvertreter/-innen über die gehörten Argumente aus, finden ihre Position und argumentieren öffentlich mit Blick auf die Abstimmung für ihre Überzeugung.
- V.** In der fünften Phase erfolgt die **ABSTIMMUNG** über die Frage „Soll das Ufergebiet als Gewerbefläche ausgewiesen werden?“

Idee in Anlehnung an Bildungsserver Berlin-Brandenburg,

URL: https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Unternehmen_als_.pdf



WIR MACHEN POLITIK! – WÜNSCHE UND IDEEN FÜR MEINE GEMEINDE

Seinen Frust abzulassen, tut der Seele sicher gut, aber irgendwann sollten wir unsere Energie lieber produktiv nutzen. Genau das sollst du jetzt tun. Erwinnere dich an deine zuvor gesammelten Wünsche und entwirf dafür eine politische Kampagne!

M1 – Unsere Kampagne

ARBEITSAUFTRÄGE

Als Gruppe habt ihr ein Anliegen, dass ihr erfolgreich umsetzen wollt!

❶ Plant eure Kampagne!

- Überlegt euch zunächst genau, was euer konkretes Anliegen ist.
- Denkt nun darüber nach, wie ihr vorgehen müsst, um euer Ziel zu erreichen (Ansprechpersonen in der Politik?, mögliche (einflussreiche) Unterstützer/-innen?, Öffentlichkeitsarbeit und Ausgestaltung der Kampagne?).
- Verteilt Zuständigkeiten und erarbeitet einen Fahrplan: Wer? Was? Bis wann?

❷ Entwickelt und visualisiert eure Kampagne!

- Ihr benötigt zwar die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für eure Kampagne, trotzdem ist die Grundvoraussetzung für einen Erfolg eine seriöse und stichhaltige fachliche Vorbereitung eurer Argumentation.
- Im Anschluss denkt ihr darüber nach, wie ihr starke Mitstreiter/-innen und die Öffentlichkeit mit kreativen und originellen Ideen gewinnt.

❸ Präsentiert eure Kampagne!

Erläutert euer Ziel und euer Vorgehen genau und seid darauf vorbereitet, kritische Nachfragen zu beantworten.

❹ Stimmt als Klasse über die beste, die vielversprechendste Kampagne, ab.

Kriterien: Überzeugungskraft, Durchsetzbarkeit und Originalität



